

Denkwürdigkeiten



Journal der
Politisch-
Militärischen
Gesellschaft

Nr. 18
November
2004

Herausgegeben vom Vorstand
der Politisch-Militärischen Gesell-
schaft e.V. in Berlin

ISSN 1436-3070

LEADOFF

Liebe Mitglieder,

Die USA haben gewählt. George W. Bush ist für weitere vier Jahre Präsident. Kurz vor der Wahl waren wir mit einem pmg-Team in Washington bei unseren bewährten Partner vom CSIS, das mit seiner Kompetenz und klaren Aussagen großen Respekt bei unseren amerikanischen Freunden gewinnen konnte.

Mit zurückgebracht haben wir neben vertieften und neuen Verbindungen eine ganze Palette von Erfahrungen, Einschätzungen und Erkenntnissen, die uns in der transatlantischen Zusammenarbeit weiterhelfen. Heiko Borchert berichtet darüber in dieser Ausgabe der Denkwürdigkeiten.

Ralph Thiele ist Gründungsvorsitzender der pmg

In dieser Ausgabe

1 "Renewing the Transatlantic Partnership"

pmg/CSIS Seminar
18. Oktober 2004
Konferenzbericht
von Dr. Heiko Borchert

THEMEN

"Renewing the Transatlantic Partnership"

pmg/CSIS Seminar in Washington,
DC am 18.10.2004
Konferenzbericht

Zusammenfassung

In der eintägigen, vom Center for Strategic and International Studies (CSIS) und der Politisch-Militärischen Gesellschaft e.V. (pmg) veranstalteten Fachkonferenz diskutierten rund 30 Experten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft über die aktuelle Verfassung der transatlantischen Beziehungen und die künftigen Perspektiven. Im Zentrum der breit gefächerten Arbeitsagenda standen zwei Fragen:

RENEWING THE TRANSATLANTIC PARTNERSHIP

Monday, October 18, 2004

– AGENDA –

- 8:45 **Welcome**
Robin Niblett, Executive Vice President and Europe Program Director, CSIS
Ralph Thiele, Commander, Bundeswehr Center for Transformation
- 9:00 **THE STATE OF THE ALLIANCE**
Simon Serfaty, Brzezinski Chair in Global Security and Geostrategy, CSIS
Christoph Eichhorn, Director, Head of Division for United States and Canada Affairs, German Foreign Office
- 10:00 **CHALLENGES IN THE GREATER MIDDLE EAST**
Anthony Cordesman, Arleigh A. Burke Chair in Strategy, CSIS
Dr. Thomas Bagger, Counsellor for Press and Political Affairs, German Embassy Ankara
- 11:00 **CHINA AS AN EMERGING GLOBAL PLAYER**
Bates Gill, The Freeman Chair in China Studies, CSIS
Frank Umbach, Head of the Asia-Pacific Program and Co-Chair CSCAP-Europe, DGAP
- 12:15 **PREVIEW OF THE U.S. ELECTIONS AND THEIR CONSEQUENCES**
Kurt Campbell, Senior Vice President, Kissinger Chair in National Security, Director, International Security Program, CSIS
Vince Morelli, Staff Director, Subcommittee on Europe, House International Relations Committee
- 13:30 **THE STATE OF THE INSTITUTIONS**
Robert E. Hunter, Senior Advisor, RAND
Dr. Rudolf Adam, President, Federal College for Security Studies (BAKS)
- 15:00 **Concluding Remarks**
Robin Niblett, Executive Vice President and Europe Program Director, CSIS

Finden die transatlantischen Partner in den drängendsten internationalen Fragen wieder zurück zu einem gemeinsamen Weg, und wie wirken sich die bevorstehenden US-amerikanischen Wahlen auf die transatlantischen Beziehungen aus?

In den facettenreich ausfallenden Antworten ließen sich vier zentrale Argumentationslinien ausmachen: Erstens ist es vor allem aus US-amerikanischer Sicht entscheidend, dass sich die Europäer in den für die USA wichtigen regionalen Konflikten (Irak, Iran, Afghanistan und Naher und Mittlerer Osten) deutlich stärker als bisher – und insbesondere auch militärisch – engagieren. Zweitens muss die transatlantische Agenda um Themen wie die Chinafrage oder gemeinsame Lösungsansätze für den Nahen und Mittleren Osten ergänzt werden. Das ruft jedoch, drittens, die Frage nach der Eignung der bestehenden transatlantischen Institutionen hervor. Viertens gaben insbesondere die US-amerikanischen Experten zu verstehen, dass die Unterschiede zwischen der aktuellen Bush- und einer möglichen Kerry-Administration gering ausfallen werden: Kerry könnte sich im Ton konzilianter zeigen und dürfte auch eher bereit sein, verstärkt auf multilaterale Zusammenarbeit zu setzen. In der Sache wird jedoch auch er ein deutlich stärkeres Engagement Europas in den für die USA zentralen Fragen erwarten.

Themenblock 1: "The state of the alliance"

Aus US-amerikanischer Sicht wurde die aktuelle Situation der Weltpolitik mit jener nach dem Ende des 2. Weltkriegs verglichen, um damit die Dimension der Herausforderung und der erforderlichen Anstrengungen auf beiden Seiten des Atlantiks zu verdeutlichen. Unabhängig von den Fehlern und den Versäumnissen der Bush-Administration – sicherlich ein Aspekt, der die aktuelle Situation wesentlich von der Vergangenheit unterscheidet – sei es jetzt an der Zeit, gemeinsame Ansätze zur Lösung der wichtigs-

ten internationalen Fragen zu finden. Die kurz-, mittel- und langfristige Arbeitsagenda präsentiere sich wie folgt:¹

Kurzfristig (bis sechs Monate) sei es erforderlich, die persönlichen Beziehungen zwischen den Entscheidungsträgern wieder zu reaktivieren. Die Europäer neigen zur Überbewertung der Unterschiede zwischen Bush und seinen Vorgängern,² während die Unterschiede innerhalb der Administrationen meist größer seien als zwischen diesen. Europa könne den USA die Hand reichen, indem der neue US-amerikanische Präsident zum nächsten EU-Gipfel eingeladen werde, um u.a. folgende Aspekte zu diskutieren: Im Irak sollten sich die Europäer verstärkt nicht-militärisch engagieren, denn hier verfügen sie über wesentliche Stärken. Ebenso müsse das Engagement Europas in Afghanistan ausgebaut werden. Hier werde sich erweisen, ob die NATO in den kommenden Jahren überhaupt noch ein relevanter internationaler Akteur bleibe. Schließlich fordere auch der Nahe und Mittlere Osten neue gemeinsame Ansätze, die beispielsweise durch einen neuen Gesandten des US-amerikanischen Präsidenten gemeinsam mit den Partnern der G-4 entwickelt und vorangetrieben werden könnten. Hierzu seien auch neue institutionelle Ansätze erforderlich, denn der Barcelona-Prozess habe sich weitgehend als ineffektiv erwiesen.

Mittelfristig (bis achtzehn Monate) müssten die USA und Europa ihre Vorstellungen und Handlungsoptionen hinsichtlich des Iran aufeinander abstimmen.³ Diesbezüglich gehe es vor allem darum, aus den Fehlern im Umgang mit dem Irak zu lernen und diese nicht zu wiederholen. Daneben seien die Bemühungen zur Liberalisierung des Welthandels (Doha-Runde) zu verstärken,

und schließlich sei es nach der in diesem Jahr vorgenommenen EU-/NATO-Erweiterung auch entscheidend, dass sich die transatlantischen Partner verstärkt um jene Staaten kümmern (insbesondere die Ukraine), die beiden Organisationen nach wie vor nicht angehören, und dadurch möglicherweise von einem „strategisches Vakuum“ erfasst werden könnten.

Langfristig (bis vier Jahre) sei es unerlässlich, das europäische Haus in Ordnung zu bringen. Die US-Teilnehmer betonten, dass die Kongruenz der Teilnehmer in NATO und EU wichtig sei. Ferner müssen die Anstrengungen verstärkt werden, um gemeinsam jene Themen anzugehen, die traditionell nicht auf der gemeinsamen Agenda stehen, wie beispielsweise Nordafrika und Lateinamerika. Dies erfordere die intensivere Auseinandersetzung mit den institutionellen Grundlagen der transatlantischen Partnerschaft.

Die Teilnehmer plädierten für transatlantischen Pragmatismus und betonten, dass das institutionelle Rad nicht neu erfunden werden muss. Gerade zwischen Deutschland und den USA existiert ein dichtes Netzwerk von Institutionen und Personen, das durch schwierige Zeiten hindurchträgt und den strategischen Dialog ermöglicht. Allerdings fällt die Zwischenbilanz der transatlantischen Entwicklung nach 2001 insofern nüchtern aus, als man – ohne auf Ursache und Wirkung näher einzugehen – feststellen müsse, dass es diesseits und jenseits des Atlantiks es keine Gewinner gibt. Die wesentlichen Staaten und Institutionen der transatlantischen Zusammenarbeit (UNO, NATO und EU) sind geschwächt worden. Die USA, weil ihr Image durch das generelle außenpolitische Verhalten und insbesondere durch die Vorgehensweise im Irak weltweit besorgniserregenden Schaden genommen hat. Die Schwächung der US-Führungsrolle ist in niemandes Interesse. In England ist der Premierminister angeschlagen; allerdings seien die Tories schwach. Deutschlands traditionelle Vermittlerrolle innerhalb Europas ist durch die Schwächung der guten deutsch-amerika-

¹ Simon Serfaty, "A New Deal in U.S.-EU-NATO Relations", CSIS Initiative for a Renewed Transatlantic Partnership (Washington, DC: CSIS, 2004).

² Arthur M. Schlesinger, *War and the American Presidency* (New York, London: W.W. Norton & Company, 2004); John Lewis Gaddis, *Surprise, Security, and the American Experience* (Cambridge, London: Harvard University Press, 2004).

³ Steven Everts, *Engaging Iran. A test case for EU foreign policy* (London: Centre for European Reform, 2004).

nischen Beziehungen beeinträchtigt. Für Frankreich ist festzustellen, dass Paris in Europa keine Partner für die „Gegengewichtspläne“ findet. Mit Blick auf die Zukunft wurde festgestellt, dass die Zeit nicht reif ist für neue und umfassend ausgerichtete „Gesamtkonzepte“. Gut sei, dass Deutschland/Europa/G8 mit den USA an einer Fülle konkreter Herausforderungen arbeiteten: Iran, Weiterer Mittlerer Osten, Afghanistan, Kampf gegen den Terrorismus und Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, auch innerhalb der politischen Parameter an Irak.

In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass Europas Vertrauensverlust in die US-amerikanische Führungsrolle strategisch die größte Herausforderung darstelle, weil sich dieser Einstellungswandel auf die NATO und auf die ESVP auswirkt. Für die USA sei es angesichts der Herausforderungen des *Global War on Terror* besonders wichtig, die europäischen Alliierten auf der eigenen Seite zu haben und dabei gleichzeitig die eigenen und die Fähigkeiten der Partner intelligenter als bislang einzusetzen. Von Europa werde insbesondere in Afghanistan ein verstärktes Engagement, v.a. bei der Verfolgung der Terroristen, erwartet. Es wurde dafür plädiert, die Kraft einer gemeinsamen Vision als Ausgangslage zur Erneuerung der transatlantischen Beziehungen nicht zu vernachlässigen, denn ohne ein solches Grundverständnis sei es unmöglich, die bevorstehenden Herausforderungen gemeinsam zu bewerten und bei der Suche nach Lösungen zusammenzuarbeiten. Abschließend wurde noch einmal die Notwendigkeit der nüchternen Interessenanalyse unterstrichen. Die Zusammenarbeit mit den Alliierten liegt im US-Interesse; im europäischen Interesse gilt es, sich die essentielle Bedeutung einer funktionierenden transatlantischen Zusammenarbeit für das eigene Handeln in nahezu allen Fragen bewusst zu machen.

Themenblock 2: "Challenges in the Greater Middle East"

Die USA sind gegenwärtig in vier Kriegen engagiert: im Krieg gegen den internationalen Terrorismus, im Irak, in Afghanistan und im arabisch-israelischen Konflikt, in dem die USA vor allem in der Region als Partner Israels wahrgenommen werden. Mit Blick auf Afghanistan sind die langfristigen Folgen der jüngsten Wahlen noch nicht absehbar, und die mangelnde Wirksamkeit der wirtschaftlichen Hilfe wurde als größtes Problem bezeichnet. Ebenso verläuft der Fortschritt im Irak nur schleppend. Besonders problematisch erweist sich hier die Tatsache, dass die wirtschaftliche Infrastruktur nur auf eine Bevölkerung von ca. 16-17 Millionen ausgerichtet ist, während im Land aktuell 25 Millionen Menschen (Tendenz schnell steigend) leben.

Bei der strategischen Lageanalyse der Region müssen vier eng miteinander verknüpfte Langfristentwicklungen berücksichtigt werden. Erstens ist und bleibt die Lage im Nahen und Mittleren Osten aus einer Reihe von Gründen – wie z.B. dem gescheiterten Säkularismus, dem enormen demographischen Druck, der zunehmenden Urbanisierung (Zunahme um den Faktor 10 seit 1950) und den damit zusammenhängenden Herausforderungen für die Infrastruktur sowie der schwachen Wirtschaftsentwicklung – explosiv.⁴ Gerade deshalb ist es wichtig, die wirtschaftlichen Perspektiven der Region zu stärken. Zweitens überschreitet der weltweite Konsum fossiler Brennstoffe die Produktionsmöglichkeiten der Region. Das wirkt sich auf den Ölpreis aus, was auf beiden Seiten des Atlantiks zwar kritisch kommentiert wird, jedoch ohne Auswirkungen auf die Energiepolitik bleibt. Drittens verdeutlicht das militärische Engagement in der Region die Notwendigkeit, die technologisch getriebene Transformation der Streitkräfte um zuzätzliche Aspekte wie z.B. die Ausrichtung auf den Kampf ge-

gen den Terrorismus (*counter terrorism*) sowie um *human issues* zu ergänzen.⁵ Viertens wird die Abwanderung aus der Region unvermindert anhalten. Im kürzlich veröffentlichten Arab Development Report nannten 50 % der befragten jungen Männer die Auswanderung als ihr primäres persönliches Ziel.

Der gegenwärtige US-amerikanische Selbstverständnis einer „Nation im Krieg“ bringt die Sache zwar auf den Punkt, verdeutlicht gleichzeitig aber auch den wesentlichen Unterschied zu Europa: Auch wenn Europa in der Analyse der Herausforderung mit den USA übereinstimmt, empfindet sich niemand im Kriegszustand. Zweitens fällt es schwierig, angesichts der Differenzen optimistisch zu sein. Das gilt vor allem für die Situation im Irak. Die dortigen Auseinandersetzungen stellen für die USA sicherlich den wichtigsten Konflikt dar, während die Europäer in ihm lediglich ein Sicherheitsproblem unter vielen sehen. So stimmen beide Seiten zwar darin überein, dass ein Scheitern kaum in Frage komme, echte politische Übereinstimmung lässt sich daraus aber nicht ableiten. Drittens scheint insbesondere der Iran aus dieser Situation Profit schlagen zu wollen. Während die europäischen Außenminister dort die Vorreiter beim Versuch einer politischen Lösung sind, scheinen die dortigen Verantwortlichen der Ansicht, dass es einen glaubwürdigen internationalen Widerstand gegen ihre Nuklearpläne nicht gibt. Die Verstrickung der USA im Irak tut dazu ein Übriges. Immerhin aber gibt es hier einen ernsthaften Versuch gemeinsamer transatlantischer Positionen. Viertens zeigt sich Europa frustriert über die dauernden Rückschläge im israelisch-palästinensischen Konflikt. Die Erarbeitung der *road map* – die gemäss Kritikern zu wenig Druck auf alle Akteure ausübt und daher weitgehend wirkungslos ist – hat dazu beigetragen, die transatlantischen Perspektiven anzugleichen, doch der daraus resultierende Gewinn an politischer Handlungsfähigkeit schlägt

⁴ Anthony H. Cordesman, *The War After the War. Strategic Lessons of Iraq and Afghanistan* (Washington, DC: CSIS, 2004), pp. 11-18.

⁵ Siehe hierzu auch: Robert H. Scales, "Culture-Centric Warfare," *Proceedings* 130:10 (October 2004), S. 32-36.

sich in den Entscheidungen der lokalen Akteure nicht nieder. Fünftens stellt der Konsens über die türkische EU-Perspektive eine der wenigen, aber erfreulichen transatlantischen Gemeinsamkeiten dar; auch wenn – wie jüngste Umfragen zeigen – das US-amerikanische Image in kaum einem anderen verbündeten Land so gelitten hat wie in der Türkei. Das scheint, zumindest indirekt, auch damit zusammenzuhängen, dass Konzepte wie Demokratisierung, Freiheit, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit in der Region beinahe vollständig diskreditiert wurden. Das ist für die US-amerikanische Außenpolitik, die die Förderung dieser Werte traditionell ins Zentrum ihrer Bemühungen gestellt hat, aber auch für die Europäer langfristig ein enormes Problem.

In der Diskussion setzten sich die Teilnehmer schwergewichtig mit der aktuellen Situation im Iran auseinander. Einige Anwesende hielten die Nuklearambitionen des Landes für kaum von außen beeinflussbar, da der Iran von Ländern mit Massenvernichtungswaffen umgeben ist. Massenvernichtungswaffen seien weniger das Problem. Entscheidender sei der Charakter der dortigen Regime, die diese einsetzen; *regime change* stelle daher im Iran – wenn auch mit anderen Vorzeichen – eine ernsthafte Option dar. Das mangelnde US-amerikanische Interesse an der Diskussion über die Lage könnte sich allerdings als Hemmschuh für diese Option erweisen. Auf die Frage, ob denn ein nuklearer Iran wirklich ein solch unerträgliches sicherheitspolitisches Problem darstellt, um einen Präventivschlag zu rechtfertigen, wurde insbesondere auf die Verbindung Irans zum Terrorismus hingewiesen, die die nukleare Option besonders gefährlich macht. Der Option eines militärischen (möglicherweise durch Israel geführten) Überraschungsschlags wurde in der Diskussion die Notwendigkeit stabiler Brückenköpfe gegenübergestellt, um den Iran beeinflussen zu können. Damit wurde die wichtige Rolle der Stabilisierungsbemühungen im Irak und in Afghanistan angesprochen. Die vollständige Übernahme der Stabilisierungsoperation in Afghanis-

tan durch die NATO könnte zur transatlantischen Arbeitsteilung im Irak und in Afghanistan führen, die de facto bereits besteht.

Mit Blick auf den Irak wurde festgestellt, dass ein „Libanonzenario“ durchaus realistisch sei. Wenn sich die Terroristen allerdings damit rühmen könnten, die USA aus dem Land gedrängt zu haben, dann hätte dies für die Weltpolitik langfristig verheerende Folgen. Die Argumente der ausgewogenen Stabilisierung aufgreifend, wurde für den verstärkten Einsatz umfassend definierter kultureller Austauschprogramme zur Verbesserung des Dialogs und als erster Schritt in einem gemeinsamen *hearts and minds*-Programm für die Region plädiert. In der Verbesserung der ökonomischen Rahmenbedingungen des Nahen und Mittleren Ostens könnten die transatlantischen Partner daher ein Thema gemeinsamen Interesses und Handelns sehen. Aus deutscher Sicht müssten sich die internationalen Bemühungen aber vor allem auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Transformation der politischen Institutionen konzentrieren, da der „Demokratieexport“ zu anspruchsvoll sei.

Themenblock 3: "China as an emerging global player"

Mit Blick auf Chinas Rolle als weltpolitischer Akteur sind aus US-amerikanischer Sicht zwei Aspekte von Bedeutung: Erstens haben sich die sino-europäischen Beziehungen in den letzten fünf Jahren wesentlich verändert, denn beide Seiten engagieren sich durch den Abschluss von Abkommen stärker als bislang in allgemein politischen und sicherheitspolitischen Fragen. Zweitens erfolgt dieser Wandel zu einem Zeitpunkt, in dem die transatlantischen Beziehungen unter Druck stehen und das Verhältnis USA-China weitgehend undefiniert ist. Dies ist vor allem deshalb bedeutend, weil sich China in der regionalen, multilateralen Sicherheitskooperation stärker engagiert und gleichzeitig die bilateralen Beziehungen zu einzelnen Staaten in der Region ausbaut.

Die USA verfolgen die Annäherung zwischen der EU und China intensiv. Drei Probleme erhalten dabei besondere Aufmerksamkeit. Erstens missbilligt Washington die europäische Diskussion über die Aufhebung des Waffenembargos.⁶ Angesichts der Konsolidierung des europäischen Rüstungsmarktes und der schrumpfenden europäischen Verteidigungsbudgets erscheint China als attraktiver neuer Markt. Für die USA ist dies zwar nachvollziehbar. Allerdings machen es die sicherheitspolitischen Implikationen einer möglichen Embargoaufhebung unerlässlich, dass sich die EU und Washington darüber abstimmen. Zweitens stehen die USA den verschiedenen Weltraumprojekten der EU und China skeptisch gegenüber.⁷ Grund zur Sorge bereitet den USA die Tatsache, dass einer der wesentlichen chinesischen Partner über direkte Verbindung zur Volksbefreiungsarmee verfügt, so dass die Vermutung nahe liegt, dass über diese Projekte die Fähigkeiten der chinesischen Streitkräfte gestärkt werden. Drittens verfolgt Washington mit Argusaugen die europäischen Stellungnahmen zum Verhältnis zwischen China und Taiwan.

Während es keinen Zweifel daran geben kann, dass das Thema China auf die gemeinsame transatlantische Agenda gehört, erweist sich das Fehlen entsprechender Expertise vor allem in den europäischen Verteidigungsministerien als Problem.⁸ Das wirkt sich vor allem deshalb nachteilig aus, weil neuere Entwicklungen (wie z.B. die Tatsache, dass die Handelsbeziehungen zwischen der erweiterten EU und China jene zwischen China und Japan bzw. China und den USA übertreffen werden) konzept-

⁶ Robin Niblett, "The United States, the European Union, and Lifting the Arms Embargo on China," CSIS Euro-Focus 10:3 (September 2004).

⁷ DRAGON erlaubt China den Zugang zu satellitengestützten Daten im Landwirtschaftsbereich. DOUBLE STAR sieht vor, dass zwei chinesische Satelliten zusammen mit vier ESA-Satelliten zur Untersuchung des Magnetfeldes der Erde eingesetzt werden. Und schließlich beteiligt sich China mit 230 Mio. US\$ an GALILEO.

⁸ Frank Umbach, "EU's Link with China Pose New Threat to Transatlantic Relations," *European Affairs* 5:2 (Spring 2004), S. 38-47.

tionell unbeantwortet bleiben. Als Vollmitglied des Asian Regional Forum (ARF) und des Council for Security Cooperation in Asia Pacific, wo viele der regionalen Sicherheitskooperationen konzeptionell entwickelt werden, ist die EU in die regionale Sicherheitsarchitektur eingebunden. Doch weder die Europäische Sicherheitsstrategie noch die bisherige Diskussion zur Verbesserung der Fähigkeiten im Rahmen der ESVP nehmen diese Herausforderung auf und verdeutlichen, welche Konsequenzen sich daraus ergeben könnten. Ebenso hat kaum jemand in Europa untersucht, was die gut 140prozentige Erhöhung des chinesischen Verteidigungshaushalts im Zeitraum von 1997-2003 für die globale Ausrichtung der europäischen Sicherheitspolitik und für die europäische bzw. transatlantische Streitkräfteentwicklung bedeutet.

In der Diskussion wurde mit Blick auf das Waffenembargo festgestellt, dass der EU-Verhaltenskodex zu Rüstungsexporten die Frage der *dual use*-Technologien nicht behandelt. Im Umgang mit China ist das allerdings ein Problem, denn China ist vor allem an militärisch relevanten Nischentechnologien interessiert, die meist *dual use* sind. Den Europäern wurde zwar rationales Handeln mit Blick auf die Aufhebung des EU-Waffenembargo attestiert, doch aus der Sicht des US-Kongresses handle es sich hierbei um eine „emotionale Angelegenheit“. Einmal mehr zeige sich darin – so Kritiker im Kongress – der deutsch-französische Versuch, Europa und die USA auseinander zu dividieren. Deshalb werde bereits darüber nachgedacht, europäische Unternehmen, die Waffen an China liefern, mit Sanktionen zu bestrafen. Dem wurde entgegen gehalten, dass die Aufhebung des Embargos keinesfalls zu einem ungehinderten Strom von Waffenexporten nach China führe, weil über jedes Geschäft individuell entschieden werden müsse. Ebenso verdeutlichte die Diskussion, dass die US-amerikanische Position gegenüber China eine der wenigen aber dafür umso bedeutenderen Konstanten zwischen der Bush- und der möglichen Kerry-Administration darstellt. Europa

müsse daher sehr vorsichtig vorgehen, um nicht Entwicklungen hervorzurufen, die langfristig negativ auf Europa zurückschlagen. Gerade weil ein militärischer Konflikt zwischen China und Taiwan in den nächsten Jahren im Bereich des Möglichen liege, sei es im europäischen Interesse, sich verstärkt mit der strategischen Bedeutung Taiwans und der Taiwanstrasse auseinander zu setzen, um eine solche Eskalation zu verhindern.

Themenblock 4: "Preview of the US elections and their consequences"

Mit Blick auf die bevorstehenden US-Wahlen erwarteten einige Teilnehmer einen noch knappen Ausgang als vor vier Jahren. Die Folge könnte eine juristische und politische Krise ungekannten Ausmaßes sein. Die noble Geste Al Gores, der im Herbst 2000 auf weitere juristische Schritte um Kampf um das Präsidentenamt verzichtete, habe sich für ihn selbst nicht ausgezahlt. Deshalb sei ein vergleichbarer Schritt in diesem Jahr von keiner der beiden Seiten zu erwarten. Vielmehr werde die aktuelle Administration alles daran setzen, im Amt zu bleiben. Ebenso wichtig wie die Nachfolgefrage sei die Übergangsphase zwischen der Wahl (2. November) und der Inauguration der neuen Regierung (19. Januar). Insbesondere bei einer Kerry-Wahl werde die amtierende Administration in den letzten Wochen alles unternehmen, um den Handlungsspielraum der neuen Mannschaft maximal zu begrenzen, wie das beispielsweise die Bush-Administration vor der Übergabe der Amtsgeschäfte an Clinton gemacht hat.

Eine zweite Bush-Administration werde sich nicht zwangsläufig moderater verhalten, so dass weder im Ton noch in den Inhalten Veränderungen zu erwarten seien. Powell und Armitage dürften einer zweiten Bush-Administration kaum angehören, während Rumsfeld im Amt bleiben und gemeinsam mit Cheney weiterhin die dominante Achse der Regierung bilden dürfte. Im Unterschied dazu bestünde bei einer Kerry-Administration das

große Risiko, dass diese aus Prinzip alles anders machen wolle als die bisherige Bush-Regierung. Hinzu komme, dass die meisten republikanischen Mitglieder des Kongresses einen möglichen Präsidenten Kerry als illegitim betrachten, womit sich die Aussichten für gemeinsames Handeln (ähnlich wie bei der ersten Clinton-Administration) drastisch verschlechtern. Dieses Problem dürfte bis 2006 anhalten, dann allerdings stünden die Aussichten für einen demokratischen Wechsel in einem der beiden Häuser gut.

Als Lichtblick erweise sich dagegen die Tatsache, dass sich im US-Kongress mit Blick auf die großen strategischen Fragen immer mehr die Einsicht durchsetze, dass die Unterschiede zwischen den USA und Europa in der Bedrohungseinschätzung jüngst verkleinert hätten. Ebenso wurde unterstrichen, dass sowohl der Kongress als auch die US-Wähler an der Zusammenarbeit mit Europa interessiert seien. Die Leistungen der Europäer, die bei gemeinsamen Stabilisierungsoperationen die Mehrheit der Streitkräfte stellen (55 % bei SFOR, 70 % bei KFOR und 60 % bei ISAF), würden allerdings im Kongress immer noch nicht richtig wahrgenommen. Das hänge teilweise auch damit zusammen, dass „Europa“ zu sehr mit Frankreich und Deutschland gleichgesetzt werde. Die Befürworter der transatlantischen Kooperation im Kongress seien daher mehr denn je darauf angewiesen, dass sich Europa glaubwürdig um die Aufrechterhaltung und den Ausbau der Partnerschaft bemühe, was sich u.a. in einem verstärkten Engagement in Afghanistan und im Irak so wie mit Blick auf den Iran niederschlagen sollte. Sollten die Differenzen in diesen Fragen zunehmen oder substanzielle europäische Maßnahmen ausbleiben, sei eine deutliche Verschlechterung des transatlantischen Klimas zu erwarten.

Themenblock 5: "The state of the institutions"

In der abschließenden Diskussion über den gegenwärtigen Zustand der transatlantischen Beziehun-

gen wurde einerseits darauf hingewiesen, dass das Verhalten der Bush-Administration in den letzten drei Jahren deutlich gezeigt habe, wie ungeeignet unilaterales Vorgehen im Umgang mit den aktuellen Weltproblemen und wie beschränkt der Nutzen der „Koalitionen der Willigen“ seien.⁹ Ein vollständiger Bruch der transatlantischen Beziehungen sei vor allem wegen der überragenden Bedeutung der bilateralen Handelsbeziehungen (Wert: mehr als drei Billionen US-Dollar) nicht eingetreten und auch in nächster Zeit nicht zu erwarten.¹⁰ Andererseits konstatierten die Teilnehmer eine wachsende Differenz zwischen der US-amerikanischen Selbsteinschätzung und der Fremdbeurteilung durch Dritte. Abu Ghraib stehe synonym für die Diskreditierung, die der Westen im Allgemeinen und die USA im Speziellen in der arabischen Welt gegenwärtig erfahre – mit gravierenden strategischen Langfristkonsequenzen für die eigenen Bemühungen zur Stabilisierung dieser Region. Daneben fehle gegenwärtig der Konsens zur Beurteilung des Nutzens der einzelnen staatlichen Machtinstrumente. Zusammen mit den bestehenden Differenzen in der Problemanalyse entstünden daraus wesentliche Hindernisse für die transatlantische Zusammenarbeit. Das gelte vor allem mit Blick auf den Irak, für den jenseits der militärischen Option bislang kaum gemeinsame Ansätze entwickelt worden seien. Eine Lösung dieses Problems sei nur möglich, wenn der Irak im größeren Kontext der Entwicklungen des Nahen und Mittleren Ostens betrachtet werde. Das setze allerdings voraus, dass diese Entwicklungen und die davon ausgehenden Konsequenzen besser untersucht werden, wobei vor allem die Suche nach den politischen und ökonomischen Selbststabilisierungskräften zu verstärken sei. Die NATO sahen die Teilnehmer insofern vor einer neuen Herausforderung, als sich ihre primäre

Aufgabe verändert habe. Die „alte NATO“ musste lediglich abschrecken, doch die „neue NATO“ sei in vielfältiger Weise durch aktives Engagement an unterschiedlichen Orten der Welt gefordert. Gerade weil sich die NATO mit Fragen beschäftigen müsse, die den Rahmen ihrer bisherigen Agenda sprengen, sei auch über institutionelle Veränderungen nachzudenken. Zu diesen Fragen zähle beispielsweise die Energiesicherheit, die im Westen kaum thematisiert werde, jedoch für die eigene Sicherheit und für die Stabilität der aktuellen *hot spots* von wesentlicher Bedeutung sei. Ferner wurde argumentiert, dass es nicht ausreiche, innerhalb der NATO nur die USA „bei der Stange“ zu halten. Gerade angesichts der zunehmenden Bereitschaft einiger europäischer Staaten, Fragen von strategischer Bedeutung in der EU zu thematisieren und über die GASP/ESVP abzuwickeln, müsse künftig mehr getan werden, um die NATO auch weiterhin für die Europäer attraktiv zu gestalten. Aus der US-Sicht ist diese Verlagerung insofern nachvollziehbar, als der EU-Ansatz der umfassenden Sicherheit deutlich über die Möglichkeiten der NATO hinausgehe. Gerade deshalb sei es aber auch wichtig, dass sich die Europäer weiterhin um die Zusammenarbeit mit den USA bemühen. So schaffe der konstruktive Dialog zur Zusammenarbeit in den Fällen Irans und Afghanistans den Boden für die Diskussion anderer Fragen wie z.B. der Auseinandersetzung mit den Ursachen des Terrorismus. Aus europäischer Perspektive könnte die Annahme des EU-Verfassungsvertrags diese Konvergenz unterstützen, weil sich die europäischen Sichtweisen in strategischen Fragen konsolidieren dürften. Ebenso werde der europäische Außenminister in den transatlantischen Beziehungen ein gewichtiges Wort mitreden. Diesbezüglich wurde allerdings warnend eingewendet, dass die innereuropäische Entwicklung nicht dazu verführen dürfe, die Lösung globaler Probleme alleine auf die USA abzuwälzen: „*The only way to make the US listen to Europe is to engage in serious joint action*“. Dem pflichteten die Teilnehmer bei,

wiesen aber auch darauf hin, dass man in Anbetracht der vollen globalen Arbeitsagenda die europäischen Probleme nicht außer Acht lassen dürfe. Gerade mit Blick auf den Kosovo sei Europa weiterhin auf die US-amerikanische Unterstützung angewiesen, dann die Statusfrage sei ohne Zustimmung der USA im UN-Sicherheitsrat nicht zu lösen.

*Dr. Heiko Borchert,
Luzern/Düsseldorf*

IMPRESSUM

Denkwürdigkeiten

Journal der
Politisch-Militärischen
Gesellschaft e.V.

Herausgeber

Der Vorstand der **pmg**

Redaktion

Ralph Thiele (V.i.S.d.P.)

Tel.: 0173-5497942

E-Mail: info@pmg-ev.com

Webseite: www.pmg-ev.com

Die **Denkwürdigkeiten** erscheinen
mehrfach jährlich nach den Ver-
anstaltungen der **pmg**.



⁹ Robert E. Hunter, „A Forward-Looking Partnership,“ *Foreign Affairs* 83:5 (September/October 2004), S. 14-18.

¹⁰ Hierzu weiterführend: Daniel Hamilton and Joseph Quinlan, *Partners in Prosperity: The Changing Geography of the Transatlantic Economy* (Washington, DC: Center for Transatlantic Relations, 2004).